

»Das ist Orwellsche Sprachverdrehung«

Antwort auf reaktionäre Prager Deklaration: 71 Parlamentarier wenden sich zum Jahrestag der Wannsee-Konferenz gegen die Totalitarismustheorie. Gespräch mit Dovid Katz

Dovid Katz ist Professor für jiddische Sprache und Kultur und lebt in Vilnius und Yale

Sie haben 71 Abgeordnete aus EU-Staaten bzw. dem Europaparlament hinter Ihrem Aufruf gegen die Totalitarismustheorie versammelt, darunter je drei Bundestagsmitglieder von Linken und Grünen sowie einen SPD-Mann. Worum geht es Ihnen?

Es geht nicht nur um die Erinnerung an die Wannsee-Konferenz vor genau 70 Jahren. Die Parlamentarier aus 19 Ländern der EU weisen die 2008 verfaßte »Prager Deklaration« zurück und damit die von ultrarechten und ultranationalistischen Kräften aus Osteuropa betriebene Politik des »doppelten Genozids«, also die angebliche Gleichheit von Nazi- und sowjetischen Verbrechen.

Wer betreibt diesen Unsinn einer Gleichsetzung?

Die »Rot gleich braun«-Kampagne zeigt beispielhaft, wie es auch kleine Staaten trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten fertig bringen, diesen Unsinn hoffähig zu machen, indem sie staatliche Ressourcen dafür mißbrauchen, die Geschichte umzuschreiben. Zu den wichtigsten Akteuren gehören rechtsgerichtete Politiker, Akademiker und Journalisten der drei baltischen Länder (Estland, Lettland und Litauen, jW). Dort war die Quote der ermordeten Juden die höchste in ganz Europa, was an der massiven Teilnahme der einheimischen Bevölkerung an den Morden lag. Aktive Teilnahme, nicht nur Kollaboration!

Das Establishment dort steckt seit Jahren große Summen in den Versuch, die einheimischen Täter weißzuwaschen oder gar zu verherrlichen, etwa als »antisowjetische Freiheitskämpfer«. Zugleich werden Opfer und Überlebende diffamiert. Und es wird das Wort »Genozid« verhunzt, indem es auf sowjetische Verbrechen angewendet wird. Wir verurteilen diese Verbrechen und wollen, daß sie untersucht werden, aber nicht als Teil eines betrügerischen Geschichtsprojektes, mit dem der Holocaust kleingeredet werden soll.

Die Gleichsetzung ist vor allem in Osteuropa festzustellen. Der Aufruf ist aber gesamteuropäisch – sehen Sie in Westeuropa ähnliche Tendenzen?

Westeuropa hat sich von den osteuropäischen Rechten regelrecht überrollen lassen. Holocaust-Relativierung ist erheblich subtiler als platte Holocaust-Leugnung, und in den Ohren naiver Westeuropäer hören sich Formulierungen wie »gleichberechtigte Untersuchung totalitärer Regime« und »Aussöhnung der europäischen Geschichte« harmlos an. Das ist aber Orwellsche Sprachverdrehung.

Sie weisen den Versuch zurück, die europäischen Schulbücher umzuschreiben – um was für ein Projekt handelt es sich dabei?

Nach einem EU-Beschluß soll der »doppelte Genozid« gelehrt werden, die Schüler sollen Kommunismus und Nazismus als gleichermaßen verbrecherisch begreifen. Das ist ein antidemokratisches Projekt der Gesinnungskontrolle, ganz im Interesse der rechten Kräfte in Osteuropa. Ich hoffe, unsere Erklärung macht es leichter, solche Auswüchse klar und deutlich zurückzuweisen. Denn zu einem gemeinsamen Europa gehört gegenseitiger Respekt für unterschiedliche historische Traditionen und Meinungen und nicht der Versuch, die Geschichte des Holocaust zu vernebeln oder gar seine Relativierung gesetzlich zu erzwingen.

Warum stützen Sie sich ausschließlich auf Abgeordnete?

Die Prager Deklaration hat ihre Wurzeln in den Netzwerken von EU-Abgeordneten, von wo aus sie in einige nationale Parlamente eingesickert ist. Darauf beziehen wir uns und fangen ebenfalls bei den Parlamentariern an. Wir wollen unseren Aufruf aber auf andere Bereiche der europäischen

Gesellschaft ausweiten.

Warum sprechen Sie die Notwendigkeit an, auch gegen andere Formen von Intoleranz vorzugehen, wie die Ablehnung von Roma oder Muslimen?

Intoleranz gegen jede Minderheit ist gleichermaßen empörend. Diejenigen, die die Prager Deklaration vorantreiben, sind in der Regel dieselben, die Vorurteile gegen Roma und andere Minderheiten schüren. Das ist inakzeptabel!

Was genau erwarten Sie von den europäischen Regierungen?

Sie müssen der Prager Deklaration und der gesamten Gleichsetzungsmasche deutlich widersprechen. Die Geschichte muß ehrlich aufgearbeitet werden, ohne Vorschriften osteuropäischer Ultrationalisten.

*Interview: Frank Brendle
20.01.2012, junge Welt*